



Antworten des CDU-Landesverbandes Brandenburg auf die Fragen des Bündnisses „Rettet die Familie“ zur Landtagswahl 2019

1. Wie wollen Sie das Missverhältnis beenden, dass die Investitionen in Kinder (Erziehungsarbeit und Sachkosten) den Eltern abverlangt werden, aber deren Ertrag (Altersversorgung) fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden wird?

Die CDU hat sich stets dafür eingesetzt, dass dieses Missverhältnis Schritt für Schritt aufgehoben wird. Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass Erziehungs- sowie Pflegeleistungen stärker in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden, wie auch bei der Grundrente. Dies ist ein wichtiger Baustein zur Stärkung der eigenständigen Alterssicherung und insbesondere der Familien.

2. Die gegenwärtige einseitige Finanzierung der Krippenbetreuung von Kleinkindern hat zu einer zusätzlichen Diskriminierung von Eltern geführt, die ihre Kinder selbst betreuen oder dies bei finanzieller Gleichstellung gerne tun würden. Was will Ihre Partei unternehmen, um dem vom Grundgesetz geforderten primären Erziehungsrecht der Eltern wieder Geltung zu verschaffen?

Wir werden alle Eltern finanziell entlasten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Für uns steht dabei die Wahlfreiheit in den Fragen zur Kinderbetreuung im Vordergrund. Unser Ziel ist es daher, auch in Verbindung mit bundespolitischen Maßnahmen, Eltern bei der Erfüllung des Erziehungsauftrages zu begleiten. Sie tragen die Verantwortung für die Erziehung, nicht der Staat. Wir wollen dafür gute Rahmenbedingungen schaffen. Hierzu zählt vor allem auch die Unterstützung der Familien zu Hause. Wir wollen hierfür u.a. alle behördlichen Leistungen unter einem Dach zusammenfassen und uns für mehr Familienfreundlichkeit stark machen.

3. Besonders deutlich werden die Strukturängel unseres Sozialsystems beim Elterngeldgesetz, das das Elterngeld als „Lohnersatz“ definiert und damit die Betreuung von Kleinkindern nicht als anzuerkennende Leistung bewertet, sondern auf eine Stufe mit Krankheit und Arbeitslosigkeit stellt. Durch diese Konstruktion werden ausgerechnet diejenigen Eltern benachteiligt, die das Geld besonders nötig brauchen, junge, noch in Ausbildung oder im Berufseinstieg befindliche Eltern und Mehr-Kind-Eltern, die wegen der Betreuung älterer Kinder nicht oder weniger erwerbstätig waren, sind bis heute von dieser Fehlbewertung betroffen. Was will Ihre Partei für die grundsätzliche Anerkennung der Erziehungsarbeit in der Elternzeit tun?

Der Kinderwunsch darf nicht am Geld scheitern. Wir glauben an Maßnahmen die junge Mütter und Väter finanziell unterstützen. Als CDU Brandenburg befürworten wir derartige Entwicklungen und werden uns stets für kontinuierliche Verbesserungen einsetzen, die auch Wahlfreiheit und somit Familien stärken. Hierzu zählt auch der Kampf gegen

Kinderarmut. In den vergangenen Jahren konnte diese kaum reduziert werden - hier müssen wir dringend größere Anstrengungen unternehmen. Zudem wollen wir den Erwerb von Grundeigentum für junge Familien erleichtern. Hierfür wollen wir die Grunderwerbssteuer für Familien mit Kindern abschaffen.

4. Was wollen Sie tun, damit sich die Sozialpädagogik an den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie orientiert?

Um in Zukunft genügend gut ausgebildete Erzieher zu haben, muss die Ausbildung grundsätzlich attraktiver werden. Darum wollen wir Formen der vergüteten, praxisintegrierten Ausbildung ausweiten. Die theoretische Ausbildung an der Fachschule soll außerdem stärker mit der praktischen Arbeit in Kindertagesstätten verbunden werden. Ferner soll der Bereich Bildung künftig mit der Kinderbetreuung enger verknüpft werden. Auch hierauf muss das Personal vorbereitet werden. Dabei wird auch der Bereich Kinderschutz einen Schwerpunkt bilden. Aus diesem Grund werden wir uns z.B. mit einem Kinderschutzgesetz und einem zuständigen Landesbeauftragten, für den Schutz und die Rechte der Kinder einsetzen. Zudem sollen Eltern die Möglichkeit bekommen, im Sinne der Kinder die Einschulung ohne Attest um ein Jahr verschieben zu können.